

GdS

SOZIAL

Sozialversicherung

8. Juni 2026

GdS-Forum Sozialpolitik Debatte um generationengerechten Sozialstaat



GdS-Forum Sozialpolitik in Berlin

Mit dem Forum Sozialpolitik am 8. Juni 2026 hat die GdS ihren sozialpolitischen Dialog mit Politik, Wissenschaft und Praxis konsequent fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie ein Sozialstaat ausgestaltet werden kann, der auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels, steigender Finanzierungslasten und wachsender Verteilungskonflikte langfristig tragfähig und zugleich gerecht bleibt.

Ziel der Veranstaltung war es, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen und einen strukturierten Austausch über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zu ermöglichen – jenseits verkürzter Generationenzuschreibungen. Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein wissenschaftlicher Vortrag von Prof. Dr. Stefan Kolev, Professor für Wirtschaftspolitik an der

Westfälischen Hochschule Zwickau und wissenschaftlicher Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin. In seinem Beitrag „Sozialstaat und Werte – Gefahren und Verbindlichkeiten?! Wie wir Wirtschaftspolitik langfristig denken“ setzte Prof. Dr. Kolev Impulse zur Frage, wie wirtschafts- und sozialpolitische Erwartungen in ein tragfähiges Gleichgewicht gebracht werden können. Im Mittelpunkt stand die Perspektive eines generationenübergreifenden Verständnisses von Sozialstaatlichkeit, das Generationen nicht als Gegensätze, sondern als miteinander verbundene gesellschaftliche Gemeinschaft begreift.

Darauf aufbauend folgten nach einer kurzen Pause die Positionierungen der eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik.

Beteiligt waren Sascha van Beek, MdB (CDU/CSU), Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB (SPD) sowie Linda Heitmann, MdB (Bündnis 90/Die Grünen). Grundlage der Beiträge war eine übergreifende Fragestellung zur Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates und zur Stärkung des generationenübergreifenden Vertrauens.

In der vertiefenden Diskussion wurden im anschließenden Panel die zentralen Herausforderungen der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erörtert. Teilnehmer des Panels waren der Geschäftsführer der DRV Mitteldeutschland Jork Beßler, der Vorstandsvorsitzende AOK Rheinland/Hamburg Günter Wältermann (AOK Rheinland/Hamburg), Prof. Dr. Kolev sowie der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner. Dabei standen sowohl Fragen der finanziellen Tragfähigkeit als auch der gesellschaftlichen Akzeptanz im Mittelpunkt der Debatte.

Inhaltlich lieferte die Diskussion im weiteren Verlauf die Bestätigung einer bekannten Tatsache: Der deutsche Sozialstaat steht vor erheblichem Reformdruck. Ursachen sind vor allem der demografische Wandel, steigende Finanzierungslasten sowie ein wachsender Vertrauensverlust – insbesondere bei jüngeren Generationen, die ihre Interessen im bestehenden System zunehmend nicht ausreichend berücksichtigt sehen. Zugleich wurde betont, dass die Debatte nicht als Gegensatz zwischen Jung und Alt geführt werden darf, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt in den Blick nehmen muss.

Im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze zeigte sich ein differenziertes Bild: Einigkeit bestand

darüber, dass der Status quo langfristig nicht tragfähig ist und Reformen notwendig sind. Unterschiede lagen jedoch in der Ausgestaltung dieser Reformen: Während von einigen stärker auf finanzielle Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und eine erhöhte Erwerbsbeteiligung abgestellt wurde, hoben andere die Bedeutung von Verteilungsgerechtigkeit, einer breiteren Finanzierungsbasis und effizienterer Strukturen hervor. Ergänzend wurde die Stärkung der „Resilienz“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats betont.

Übergreifend wurde deutlich, dass ein zukunftsfähiger Sozialstaat nur gelingen kann, wenn finanzielle Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliches Vertrauen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Das GdS-Forum Sozialpolitik hat deutlich gemacht, dass die Zukunft des Sozialstaates nur im Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und der Praxis in den Sozialversicherungsträgern erfolgreich gestaltet werden kann. Ziel bleibt es, den Sozialstaat so weiterzuentwickeln, dass er auch unter veränderten demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verlässlich bleibt und das Versprechen sozialer Sicherheit für alle Generationen einlöst.

Mitmachen – mitgestalten!

Mitglied werden unter:
www.gds.info/beitritt



Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder gescannt per E-Mail an: info@gds.info

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

Frau Herr divers

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Mobilnummer

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (z. B. Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter, Auszubildender)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch



Mein GdS-Beitrag beträgt 5,00 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondervereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Datum | Unterschrift